

# Neues EU-Gesetz: *Brüssel treibt Bargeld-Abschaffung voran*

von Markus Blaschzok

[aus einer Veröffentlichung am 03.02.2017 von pronomio.de](#)

Es ist wieder einmal so weit:

❖ Europäische Union und Bundesregierung zeigen ihr totalitäres Gesicht. Die sozialistischen Politiker planen, Ihnen Ihre Menschenrechte immer weiter einzuschränken.

Bereits vor einigen Monaten wurde die Abschaffung der 500-Euro Banknote beschlossen. Dadurch wird das Halten größerer Summen in Form von Bargeld und somit der nicht-elektronische Tauschhandel deutlich erschwert.

- Das langfristige Ziel der Politiker ist die Abschaffung des Bargeldes, um die totale Kontrolle und den Zugriff auf die Vermögen der Menschen zu erlangen. Ganz nebenbei erhalten sie noch den völligen Einblick in das Leben der Menschen, wenn erstmal jeglicher Zahlungsverkehr elektronisch dokumentiert wird.

Offiziell begründen die Bürokraten man diese ungeheuerlichen Maßnahmen in Richtung der Bargeldabschaffung jedoch mit dem vermeintlich edlen „Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismus“.

## **Obergrenzen in vielen EU-Ländern bereits Realität**

Mit der gleichen dummen Begründung planen Berlin und Brüssel, künftig Bargeldzahlungen ab einer bestimmten Höhe zu beschränken. In Italien und Frankreich ist dies mit einer Bargeldobergrenze von 3.000 Euro bereits Realität und Verstöße werden hart bestraft. Stellen Sie sich vor, Sie kaufen sich ein Auto, ein Motorrad oder einen Computer und werden verhaftet, wenn Sie mit Bargeld bezahlen. Das hört sich absurd an, doch ist es nach dem Willen der roten Kommissare in Brüssel genau das, was umgesetzt werden soll. Künftig will der Staat mit Gewalt die Menschen dazu zwingen, alle Transaktion bargeldlos über ein Konto abzuwickeln. In Deutschland sowie in den meisten Ländern der EU gibt es glücklicherweise bis dato noch keine Bargeldobergrenzen, doch liegen die Pläne bereits in den Schubladen.

Eine sofortige Einführung von Obergrenzen würde in einigen Ländern, wohl doch zu viel Aufruhr verursachen und die Bürger auf die Straße treiben.

→ [Daher versuchen es die Brüsseler Bürokraten nun durch die Hintertür:](#) Mit der „Vierten EU-Geldwäscherichtlinie (RL (EU) 2015/849) haben sie ein Gesetz verabschiedet, das Bargeldabschaffung verschleiern soll!

Bis zum Sommer soll jetzt in der gesamten Europäischen Union die Obergrenze für anonyme Bargeldgeschäfte deutlich gesenkt werden.

Bis jetzt stellte das deutsche Geldwäschegesetz bereits anonyme Bargeldgeschäfte ab 15.000 Euro im Gewerbe unter Strafe-.

- Diese Grenze wird jetzt drastisch auf 10.000 Euro drastisch reduziert. Die Bundesregierung hat noch bis Ende Juni 2017 Zeit, die neuen Vorgaben aus Brüssel in nationales Recht umzusetzen.

## **Edelmetalle nur noch gegen Ausweis-Vorlage**

Bis dato konnten Sie Gold und Silber bis zu einem Wert von bis zu 14.999 Euro noch anonym und somit unbehelligt von den staatlichen Kleptomanen mit Bargeld erwerben. Dies hat den Vorteil, dass der Staat nicht weiß, welche Ersparnisse Sie für sich in Sicherheit gebracht haben.

Vielleicht kommt schon bald der Tag, an dem der Staat an das Gold der Menschen in seinem Herrschaftsgebiet will. Dann wäre es für diesen gut zu wissen, bei wem es überhaupt Gold zu holen gibt.

- Es sieht ganz danach aus, als dürften die Deutschen ab dem Sommer 2017 nur noch bis 9999,99 Euro bei Ihrem Edelmetallhändler einkaufen, ohne sich vorher mit Ihrem Personalausweis oder Reisepass legitimieren zu müssen. Auch bei dem Kauf anderer Waren, wird man sich dann ab 10.000 Euro mit seinen Ausweisdokumenten legitimieren müssen.

Begründet wird die Verschärfung des Geldwäschegesetzes wieder einmal mit dem Kampf gegen Terrorismus sowie Geldwäsche. Dabei haben Studien längst bewiesen, dass derartige Maßnahmen den Terrorismus weder behindern noch verhindern, was der Gesetzgeber natürlich auch weiß. Es geht ihm alleinig um die Maximierung seiner Einnahmen durch Besteuerung, wobei er edle Ziele nur zum Schein vorgibt. In Wahrheit soll dem Steuerzahler möglichst viel Geld aus der Tasche gezogen werden, ohne dass dieser sich dagegen wehren kann. Selbst wenn dadurch Freiheitsrechte beschnitten werden.

Die alleinige Existenz eines Geldmonopols, mit dem sich der Staat anmaßt den Menschen vorzuschreiben, mit welchem Geld diese ihre Transaktionen abzuschließen haben, ist an sich schon eine Ungeheuerlichkeit. Dass aber jetzt unter dem Deckmantel der Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung das Bargeld abgeschafft werden soll, setzt dem Ganzen die Krone auf.

## **Umgehung nur noch bis Juni 2017 möglich**

Ein Einlenken ist von schwarzen, roten und grünen Sozialdemokraten nicht zu erwarten. Es gilt also, die staatlichen Restriktionen anders zu umzugehen....